

Hans Peter Herrmann

Krisen

Arbeiten zur Universitätsgeschichte 1933–2010
am Beispiel Freiburgs i. Br.

ROMBACH WISSENSCHAFTEN

Hans Peter Herrmann

Krisen

Arbeiten zur
Universitätsgeschichte 1933–2010
am Beispiel Freiburgs i. Br.

Auf dem Umschlag:

Das Bild zeigt die Statue des antiken Dichters Homer vor dem Kollegiengebäude I der Freiburger Universität auf einem Foto von 2005. Seit den späten 1920er Jahren flankierte diese Statue gemeinsam mit der des Philosophen Aristoteles den Haupteingang der Albert-Ludwigs-Universität; beide wurden zum Universitätsjubiläum 2005 auswärts renoviert. Auf dem Bild wirkt der Gründungsvater humanistischer Bildung ratlos-erschrocken über seine Entfernung aus der Universität: passend für den Zustand der Universität, von dem dieses Buch handelt. – Fotograf: Rüdiger Buhl.

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung der Wissenschaftlichen
Gesellschaft Freiburg im Breisgau

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2015. Rombach Verlag KG, Freiburg i.Br./Berlin/Wien

1. Auflage. Alle Rechte vorbehalten

Umschlag: Bärbel Engler, Rombach Verlag KG, Freiburg i.Br./Berlin/Wien

Satz: Rombach Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG, Freiburg im Breisgau

Herstellung: Rombach Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG, Freiburg im Breisgau

Printed in Germany

ISBN 978-3-7930-9824-9

Inhalt

Vorwort	7
----------------------	---

Einleitung

Krisen der westdeutschen Universitäten nach 1945	9
--	---

Zu den Aufsätzen in diesem Band	25
---------------------------------------	----

Arbeiten zur Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit

Germanistik – auch in Freiburg eine »deutsche Wissenschaft«? ...	35
--	----

Sorge um Ehre und Anstand?	75
----------------------------------	----

Vom Umgang mit der NS-Vergangenheit. Etappen deutscher Erinnerungspolitik 1957–2005 am Beispiel der Universität Freiburg.	79
--	----

Arbeiten zur Geschichte der Universitätsreform

Studentische Politik in den 1950ern: Hochschulreform und Demokratisierung in der <i>Freiburger Studentenzeitung</i>	131
--	-----

Abschaffung der Geisteswissenschaften? Standortbestimmung im aktuellen Streit zwischen Politik und Hochschulen	153
---	-----

Die Widersprüche waren die Hoffnung. Eine Geschichte der Reformen am Institut für Neuere deutsche Literaturgeschichte der Universität Freiburg im Breisgau 1956–1977	175
--	-----

Wie sinnvoll reden über »1968 und die Germanistik«?	233
---	-----

Über den politischen Charakter unserer Arbeit in der Universität	255
---	-----

Nachweise und Ergänzungen	267
--	-----

Vorwort

Was vorweg zu den in diesem Band versammelten Texten zu sagen ist, steht in der umfangreichen Einleitung. Deren erster Teil handelt unter grundsätzlichen Aspekt von der Eigenart und der Bedeutung der beiden universitären Krisen, deren Folgen der Anlass zu diesen Arbeiten waren und die ihr Gegenstand sind; im Einzelnen berichtet dann der zweite Einleitungsteil von den sachlichen und bigraphischen Kontexten, in denen die Aufsätze seinerzeit entstanden sind. Hier, im Vorwort, will ich mich für die mir wichtigsten Anregungen und Hilfen bei ihrer Abfassung bedanken.

Das ist allerdings gar nicht so einfach – und zwar nicht nur wegen der generellen Unsicherheit darüber, was denn im eigenen Kopf überhaupt an Originellem anzutreffen sei. Die meisten meiner hier wieder abgedruckten universitätspolitischen und universitätshistorischen Arbeiten sind in Situationen und Arbeitszusammenhängen entstanden, in denen die Grenzen zwischen den eigenen Gedanken und dem, was andere sagten und dachten, sehr viel durchlässiger waren als es sonst im Universitätsbetrieb üblich ist. Es waren viele an der Entstehung der Texte beteiligt: ohne die Lehrendengruppe in der Neuen Abteilung des Deutschen Seminars mit ihren über Jahrzehnte hin teils wechselnden Mitgliedern, ohne den *Dringenberger Kreis* hochschulpolitisch engagierter Germanisten und Germanistinnen mit seinen jährlichen Tagungen und zwischenzeitlichen Kontakten, ohne die Zusammenarbeit mit den engagierten Studierenden in Seminaren, Arbeitsgruppen und Kolloquien und ohne viele ›meiner‹ Doktorandinnen und Doktoranden hätte ich vieles gar nicht, und anderes nicht so geschrieben. Ihnen allen gehört mein Dank; er gilt besonders dem Kollegen, Freund und Mitstreiter Rüdiger Scholz.

Bedanken will ich mich auch bei meinen Hilfsassistenten, in deren Händen die Herstellung der druckfertigen Texte lag und die zugleich wichtige Gesprächspartner waren: Reinhold Schlicksbier, Axel Boldt, Bärbel Gemmeke, Hans-Peter Schwander, Cornel Leutner, Dieter Gaide†, Magdalena Maier, Matthias Winter, Andreas Erb, Hansjörg Bay.

Bei der Materialsuche halfen das Freiburger Universitätsarchiv und sein Leiter, Dieter Speck, sowie das Universitätsarchiv München, das Bayerische Hauptstaatsarchiv München und das Deutsche Literaturarchiv Marbach, bei den erinnerungspolitischen Fragen der damalige Leiter der Forschungsstelle für die Geschichte der Germanistik, Christoph König.

Dank auch dem Archiv Soziale Bewegungen Freiburg mit Volkmar Vogt, Michael Koltan und Hardy Vollmer. Und Dank der Bibliothekarin des Deutschen Seminars, Ingeborg Zeitz, und all den stets hilfsbereiten und fast immer freundlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Freiburger Universitätsbibliothek, auf deren Unterstützung und Sachkunde wir alle angewiesen sind.

Freiburg, im September 2015

Hans Peter Herrmann

Krisen der westdeutschen Universitäten nach 1945*

Das Jahrzehnt der Reformen

Die deutschen Universitäten haben in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts Veränderungen erlebt, die tiefgreifender waren als alles, was ihnen in ihrer einhundertfünfzigjährigen Geschichte bis dahin widerfahren war. Mitte der 1950er Jahre zwar schien ihr mühsamer Wiederaufbau zumindest in der Bundesrepublik¹ endlich beendet: nach den moralischen Verwüstungen der NS-Herrschaft und nach den materiellen Zerstörungen des 2. Weltkriegs hatten die westdeutschen Hochschulen ihre aus dem 19. Jahrhundert stammenden Institutionen hinübergerettet, mitsamt ihren überschaubaren Größenverhältnissen, ihren an Personen gebundenen Strukturen und ihrem bildungsbürgerlichen Elitebewusstsein. 1957 sollte diese Restaurationsleistung mit dem Freiburger Jubiläum zum 500sten Jahrestag der Albert-Ludwigs-Universität exemplarisch gefeiert werden; nicht nur in Freiburg, auch in weiten Kreisen der akademischen Welt wurde das so verstanden. Doch da war bereits ein anderer Film angelaufen. Schon 1954 hatten kritische Studenten in der *Freiburger Studentenzeitung* »Mehr Demokratie in der Universität« gefordert, 1956 »Reform statt Reparatur« verlangt und eine »Anpassung der Hochschulen an das gewandelte Gesellschaftsbild« der Bundesrepublik als notwendig postuliert, wenn es nicht zu einer »Revolution« kommen solle.² Das hatte seinen Grund. Die Universitäten wurden konfrontiert mit der Wirklichkeit der in Bewegung geratenen westdeutschen Gesellschaft, mit den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bedingungen des fortschreitenden 20. Jahrhunderts, mit der Dynamik, dem Ausbildungsbedarf und dem Öffentlichkeitsdruck einer modernen Massendemokratie.

* Originalbeitrag 2014

¹ Die Texte in diesem Band beziehen sich auf die westdeutschen Universitäten. Zur Situation der ostdeutschen Universitäten s. das Kap. III: Tradition und Modernisierungsversuche im deutsch-deutschen Vergleich (1945-1990), in: Michael Grüttner (Hg.): *Gebrochene Wissenschaftskulturen. Universität und Politik im 20. Jahrhundert*, Göttingen 2010, S. 209-297, und, exemplarisch, Rüdiger vom Bruch und Heinz-Elmar Tenorth (Hg.): *Geschichte der Universität Unter den Linden 1810-2010*, Berlin 2010-2012, Bd. 3 und, für die Germanistik, Bde. 5 und 6.

² *Freiburger Studentenzeitung* 1954/4, S. 4, und 1960/4, S. 5.

Das weltweite Wirtschaftswachstum der Nachkriegszeit war in Deutschland breiteren Schichten zugute gekommen, deren Söhne und Töchter nun durch eine akademische Ausbildung in höhere Berufe strebten als ihre Eltern. Das war nicht nur ein quantitatives Problem, sondern Folge größerer sozialer und kultureller Prozesse. Der wirtschaftliche Aufschwung war von erheblichen sozioökonomischen und kulturellen Veränderungen begleitet worden. Die traditionelle Schichtung der deutschen Gesellschaft war in Bewegung geraten. Ihre großen, gegeneinander stark abgedichteten sozialen Klassen hatten begonnen, sich in eine zunehmende Zahl neuer, unterschiedlicher Milieus auszudifferenzieren; eine sich wandelnde Berufswelt stellte zunehmend neue Anforderungen an die Einzelnen und ihre Ausbildung; die Individualisierung schritt fort, überkommene Familienstrukturen lockerten sich, eigenständige Jugendkulturen entstanden, Studierende waren nicht mehr durch Literatur, sondern durch Filme, Comics und (Pop-)Musik sozialisiert. Diese Veränderungen forderten auch von den Universitäten andere Formen und Inhalte der akademischen Ausbildung als die vom Neuhumanismus geprägte Professorenschaft mit ihren auf bildungsbürgerliche Elitebildung ausgerichteten Unterrichtsformen anbieten konnte. Und ein ökonomisch potenter und gestaltungswilliger bundesrepublikanischer Staat machte sich – mit einiger Verspätung und mit widersprüchlichen Ergebnissen – daran, das Bildungssystem zu modernisieren, um seinen künftigen Eliten angemessenere Startbedingungen zu verschaffen

Für die Universitäten begannen die Schwierigkeiten mit einem sprunghaften Anwachsen der Studierendenzahlen Ende der 1950er Jahre, das vor allem in den Massenfächern zum Erstickungstod der Institutionen zu führen drohte. Zwiespältige Hilfe kam vom Staat. Die politischen Instanzen der Länder und des Bundes reagierten in den 1960ern zuerst mit einer Ausweitung des Lehrpersonals, der Schaffung neuer Lehrkörpergruppen (beides oft gegen Widerstand aus der Hochschullehrerschaft) und der Gründung neuer Universitäten. Dann aber, als mit dem Ende des Wirtschaftsbooms um 1973 die Ressourcen schrumpften, drehte der Wind auf eine Politik des immer knapper werdenden Geldes und zunehmender staatlicher Eingriffe und Reglementierungen. Jetzt sollten die Universitäten durch Rationalisierungen und eine umfassende, bis heute andauernde ›Verbetriebswirtschaftlichung‹ in den Stand gesetzt werden, auch mit begrenzter finanzieller Ausstattung die weiter wachsenden Studierendenzahlen zu bewältigen.

Diese Zwänge von »Überlast und Unterfinanzierung«³ – seither zum Signum des deutschen Bildungssystems insgesamt geworden – und die Abhängigkeit von den unterschiedlichen und wechselnden bildungs- und finanzpolitischen Konzepten der Kulturbürokratien der Bundesländer bestimmten in den Jahrzehnten, von denen in diesem Buch berichtet wird, als massiv einwirkende äußere Faktoren alle sonstigen Reformbemühungen innerhalb der Universitäten.

Dabei waren die notwendig gewordenen, eigenen Modernisierungsanstrengungen der Hochschulen schon schwierig genug. Die sprunghaft angewachsene Zahl an Lehrpersonen unterschiedlicher Qualifikations- und Funktionsstufen hatte die herkömmlichen Ordnungen der Institute und Fakultäten gesprengt und verlangte neue Organisations- und Repräsentationsstrukturen. Die überkommene hierarchisch gegliederte Professorenuniversität mit ihren Ein-Ordinarius-Instituten und ihren überschaubaren Fakultäten war gezwungen, sich in die moderne »Gruppenuniversität« zu wandeln. Studierende, Lektoren, »Mittelbau«, Nichtordinarien, Ordinarien und nicht-wissenschaftlicher Dienst traten plötzlich miteinander in den Ring, und es musste ausgehandelt werden, welches Maß an Mitwirkungs- und Entscheidungskompetenz für den Kurs der Institutionen und für die Verteilung von Mitteln den unterschiedlichen Personengruppen nunmehr zugestanden werden sollten. Es ging um die Verteilung von Macht. Entsprechend undurchsichtig wurde hinter den Kulissen der Bildungspolitik um Einfluss gekämpft und entsprechend heftig waren im Vordergrund die Auseinandersetzungen an vielen Hochschulen auf den verschiedenen Ebenen des universitären Lebens bis in die 1980er Jahre.

Weniger konflikthaft, aber nicht weniger folgenreich vollzog sich zugleich in vielen akademischen und außerakademischen Wissenskulturen eine wachsende Erweiterung und Ausdifferenzierung der relevanten Gegenstandsbereiche und Methoden, - was in den Universitäten das Orientierungsgefüge der Fächerordnungen durcheinander brachte, innerhalb der Fächer zu Irritationen führte, bisherige Fachgrenzen in Frage stellte und insgesamt einen Umbau des tradierten Fächer- und Fakultätssystems notwendig machte. So verloren in den 1970ern die Philosophie und die sprachwissenschaftlichen Fächer ihre traditionelle Führungsrolle an die sozialwissenschaftlichen

³ Jürgen Mittelstraß: Die unzeitgemäße Universität, in: Mittelstraß: Die unzeitgemäße Universität, Frankfurt 1994 (stw 1159), S. 11–29. In dem seiner Zeit viel beachteten Band weitere Analysen und Lösungsvorschläge von Mittelstraß zum Thema.

und naturwissenschaftlichen Disziplinen, neue Fakultäten wurden gegründet, und mit der neuen Hochschulrahmengesetzgebung seit 1969/76 gaben viele Universitäten die überkommene Fakultätsordnung zugunsten kleinerer Fachbereiche überhaupt auf.

Beide Entwicklungen, der Umbau der universitären Personal- und Organisationsstrukturen wie der Umbau des bisherigen Fächerkanons, reichten mit ihren Wurzeln bis in die Weimarer Republik, ja bis ins Kaiserreich zurück. Aber beide Entwicklungen gewannen seit den späten 1950er Jahren ein bis dahin unbekanntes Tempo und eine grundstürzende Macht. Und beide spielten sich erstmals nicht nur im Inneren der Universitäten ab, sondern zugleich im hellen Licht einer breiten, aufmerksam gewordenen, ›demokratischen‹ Öffentlichkeit. Eine historisch neue Konstellation von bildungsbürgerlichem Journalismus, Massenpresse und dem neuen Medium Fernsehen sorgte für unmittelbare Wechselbeziehungen zwischen den Ereignissen in der Universität und den politischen, sozialen, kulturellen und ideologischen Entwicklungen in der bundesrepublikanischen Gesellschaft. Die mediale Öffentlichkeit wurde damit ein entscheidender Faktor im akademischen Umwandlungsprozess. Auch das war eine der neuen Bedingungen, mit denen die Universität in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts sich auseinandersetzen musste. Den alten Garden unter den Ordinarien, die noch in den Traditionen einer akademischen Arkanpraxis aufgewachsen waren, war diese Form einer allgegenwärtigen ›kritischen‹ Öffentlichkeit ein Greuel. Für die Reformer bedeutete sie Rückenwind und Stütze. Den Auseinandersetzungen um eine inhaltliche Demokratisierung der Universität gab sie eine besondere Schärfe.

Im historischen Gedächtnis der Bundesrepublik sind diese Auseinandersetzungen bis heute präsent und unter den Reizwörtern ›1968‹ und ›Studentenbewegung‹ abrufbar. Zu Recht – einerseits. Denn die Krise der Universität kulminierte in der Tat mit dem Beginn der weltweiten studentischen Protestbewegungen in und außerhalb der Universitäten, und entscheidende Entwicklungen innerhalb der Hochschulen, und nicht nur dort, wurden durch studentisches Handeln ausgelöst und vorangetrieben. Das gilt vor allem für die erste Generation der 1968er, aber auch später sind studentische Proteste und Aktivitäten immer wieder Anlass für Unruhe, Denkanstöße und notwendige Veränderungen im trägen Gefüge der Universitäten gewesen. Nur, dass – andererseits, und für ein genaues Verständnis entscheidend – diese Krise in Wahrheit lange vor 1968 begonnen hatte, dass sie der Sache nach weit über einen Aufstand von Studierenden hinausging und dass sie auch heute noch nicht an ein Ende gekommen ist. Das katastrophale Miss-

verhältnis zwischen der Zahl der Lehrenden und der Zahl der Studierenden in vielen Fächern und im deutschen Universitätsraum insgesamt sowie die mangelhafte Einbindung des wissenschaftlichen Personals unterhalb der Professorebene in die Entscheidungsprozesse der Universitäten sind nach wie vor ungelöste Probleme; neue Probleme, wie der immer wieder auch öffentlich diskutierte Skandal von massenhaften befristeten Arbeitsverträgen für Promovierende, Promovierte und Habilitierte, ohne die vielerorts der Forschungs- und Lehrbetrieb nicht aufrechtzuerhalten wäre, kamen inzwischen dazu.

Die Ereignisse, Hoffnungen und Befürchtungen des Jahrzehnte zurückliegenden Reformjahrzehnts sollen hier nicht noch einmal aufgerollt werden. Es ist seither viel über sie geschrieben und gestritten worden, auch ein Teil meiner Texte in diesem Band handelt von ihnen. Immerhin herrscht inzwischen wohl weithin Einigkeit darüber, dass die westdeutsche Gesellschaft heute liberaler, offener und demokratischer geworden ist als sie es vor 1965 war. Zugleich ist das bis in die 1970er Jahre vorherrschende elitäre Selbstbild vieler Universitäten, gerade auch der Freiburger (auch dazu weiter unten), insgesamt einer nüchterneren Selbstdefinition deutscher Hochschulen gewichen. Sie behaupten nicht mehr wie einst in offiziellen Reden und Festschriften von sich, eine dem Bereich der profanen gesellschaftlichen Wirklichkeit entthobene, besondere Werte verkörpernde Institution zu sein, dem »Geist«, der »Wahrheit«, dem »Abendland«, »der Wissenschaft« zu dienen – ein Selbstbild, das sich dennoch bruchlos mit den verschiedensten Formen massiver Interessenvertretung in der profanen Wirklichkeit verbinden konnte, vom Verfassen weltanschaulicher und politischer Partei-Streitschriften bis zum rücksichtslosen Kampf um Pfründe, Macht und Geltung – sondern sie sprechen heute von sich als einer demokratischen Institution unter anderen. Und der lange Streit zwischen »Konservativen« und »Linken« über die Legitimität der Studentenbewegung mit ihren Regelverletzungen und Grenzüberschreitungen hat sich auf das historiographische Problem verlagert, ob das es war, was die Demokratisierung der Bundesrepublik vorangetrieben hat, oder ob der Weg aus der autoritären Nachkriegsgesellschaft bereits um 1965 so eindeutig vorgezeichnet war, dass die bundesrepublikanische Gesellschaft ihn auch ohne diesen Aufwand an »Unruhe« und Streit gegangen wäre

Von all dem also soll in diesem Einleitungstext nicht weiter die Rede sein; statt dessen will ich das Augenmerk noch auf ein Thema lenken, dem m.E. in den Hochschulen wie in der Öffentlichkeit bisher zu wenig Gewicht beigemessen worden ist, obwohl es neben dem Umbau der Personalstruk-

tur und der Aufspaltung der Fächerordnung ein bestimmender Teil der Hochschulkrise war: die Misere der akademischen »Lehre«.

*

Auch auf dem Gebiet des akademischen Unterrichts ging es seit Ende der 1950er Jahre um die Diskrepanz zwischen universitärer Tradition und gesellschaftlicher Gegenwart. Die bewährten Formen der »Lehre« kamen mit den Bedingungen der modernen Massenuniversität nicht mehr zurecht, Hauptvorlesungen im Audimax und Oberseminare mit 200 Studierenden Anfang der 1960er signalisierten das Problem. Doch hatte auch dies nicht nur eine quantitative Seite. Die alte Universität hatte ihre Studierenden maßgeblich aus bildungsbürgerlichen Milieus mit einem überschaubaren Fundus an Ausbildungsstandards, Anschauungen und habituellen Haltungen rekrutiert; diese relative Einheitlichkeit der Klientel begann in den 1950ern ebenso zu zerbröseln, wie die relative Überschaubarkeit des Fächerkanons dabei war, sich endgültig aufzulösen. Die Universitäten einer demokratischen Massengesellschaft brauchten andere Formen des Studiums und eine andere Aufmerksamkeit auf die Gestaltung der »Lehre«, als dies in dem traditionellen Aufbau der Studiengänge vorgesehen war und im Alltag vieler Institute praktiziert wurde. Aufsässige Studierende der ersten Protestgeneration machten deshalb ihrem Unmut mit den spektakulären Aktionen von Vorlesungssprengungen Luft; zugleich aber begannen um 1969/70 an vielen Instituten in vielen Universitäten Experimente mit innovativen Formen des Studiums und des Unterrichts – meist unterhalb der Ebene der Ordinarien, unternommen von Studierenden, von Angehörigen des neuen Mittelbaus, die ohnehin die Hauptlast der Lehre trugen, und von Professorinnen und Professoren, die an der Verbesserung der Lehre interessiert waren. »Hochschulreform«, das hieß in den 1970ern für viele Engagierte nicht nur Lehrkörper- und Kanonreform, sondern auch, oder vor allem: Unterrichtsreform, Studienreform von Grund auf.

Fast immer hatten solche Unterrichts- und Selbstorganisationsexperimente mit dem Widerstand von Institutsleitungen, Dekanaten und Prüfungskommissionen zu kämpfen (»Gruppenarbeit« war lange ein besonders hart umstrittenes Thema), und in der Tat enthielten sie – immanent, aber oft auch explizit – massive Kritik am herkömmlichen Lehrbetrieb, – eine Kritik, die sich auf zwei Ebenen bewegte, einer inhaltlich konkreten und einer systemisch strukturellen.

Inhaltlich konkret richtete sich die Kritik gegen den autoritären Grundton in Anlage und Durchführung vieler Lehrveranstaltungen, die eine Einbahn-Vermittlung von fertigem Wissen und eine Einübung in feste Methoden praktizierten. Sie richtete sich damit auch gegen das Dogma vom grundsätzlich individuellen Charakter jedweden Lernens (und Forschens), wie es besonders bei Geisteswissenschaftlern und Juristen als unumstößlich galt und ihr Wissenschaftsbild und ihre Lehrpraxis bestimmte. Die Reformbewegung hat dagegen versucht, Selbständigkeit und Kreativität der Studierenden zu wecken und zu fördern, im Idealfall den Unterricht auf der Selbstorganisation der Studierenden aufzubauen oder Inhalte und Formen des Studiums mit den Studierenden zusammen zu erarbeiten. Dazu wurden unterschiedliche Formen des Projekt- und des Gruppenstudiums entwickelt und an vielen Instituten ausprobiert, in einem vielschichtigen Prozess, der oft in der Form sogenannter ›Graswurzelbewegungen‹ verlief, wie er aus der Entstehungszeit Sozialer Bewegungen mit ihrem Ineinander von Spontaneität, Chaos und Vernetzungen inzwischen bekannt ist, der aber zugleich mit einem erheblichen Maß an theoretischer Arbeit und professionellem wissenschaftlichem Austausch verbunden war. 1970 hatte die Bundesassistentenkonferenz mit dem einschlägigen Begriff des ›Forschenden Lernens‹ die Diskussion über die wissenschaftlichen Grundlagen einer zeitgemäßen Hochschulpädagogik angestoßen.⁴ Es gab quer durch die Bundesrepublik unterschiedliche Formen der Umsetzung solcher Prinzipien, erfolgreiche, gescheiterte und unsinnige Experimente. Und es gab ein großes Maß an intellektuellem und emotionalem Aufwand, um die Chancen und Risiken selbstbestimmten gemeinsamen Arbeitens zu erkunden. – Inzwischen sind Projekt- wie Gruppenarbeit anerkannte Möglichkeiten akademischen Unterrichts geworden, wenn auch oft nur in der reduzierten Form technischer Arbeitsteilung bei vorgegebener Aufgabenstellung.

Dass junge Menschen in ihrem Universitätsstudium ihre Fähigkeit entdecken und ausbauen, selbstbestimmtes Lernen mit Partizipation an anspruchsvoller Wissenschaft zu verbinden, ist in allen Jahrhunderten eine der wichtigen, beglückenden und Individuen prägenden Möglichkeiten gewesen, die Universitäten ihren Mitgliedern anboten. Dass jedoch im 20. Jahrhundert relevante Teile einer ganzen Generation diese Möglichkeit nutzen konnten, dass sie damit das maßgebliche Universitätsklima eines Jahrzehnts

⁴ Forschendes Lernen, Wissenschaftliches Prüfen: Ergebnisse der Arbeit des Ausschusses für Hochschuldidaktik. Hg. Bundesassistentenkonferenz / Hochschuldidaktischer Ausschuss, Bonn 1970. Seither umfangreiche Literatur zu diesem Thema.

mitbestimmten⁵ und Universitätsgeschichte schrieben, ist den besonderen Bedingungen des kulturellen Umbruchs im Zuge von »68« zuzuschreiben. Der Freiraum, den dieser Umbruch den Einzelnen und der Institution für Experimente auf dem Gebiet des akademischen Studiums bot, war nicht von langer Dauer. Das Zeitfenster, in dem die Universitäten die Möglichkeit gehabt hätten, aus eigener Kraft und als Ganzes neue Formen des akademischen Studierens und Unterrichtens zu entwickeln, schloss sich wieder. Politisch beendeten spätestens die Ereignisse des Deutschen Herbstes 1977 die Hoffnungen auf eine weitergehende Demokratisierung der westdeutschen Gesellschaft, die der Kontext für die Arbeit an einem anderen Studium und Unterricht waren; für die Universitäten setzten zur gleichen Zeit neue Hochschulgesetze den Prozess einer zunehmenden Regulierung des Studiums in Gang, während die Überlastungen in vielen Fächern blieben. Das ging eine Weile so.

Viele HochschullehrerInnen versuchten nun, irgendwie mit der Situation zurecht zu kommen; »Medieneinsatz« wurde zum didaktischen Allheilmittel eines aufgelockerten Frontalunterrichts, dann zog auch PowerPoint in die Hörsäle ein. Auch der oben zitierte Aufsatzband von Jürgen Mittelstraß, stammt aus dieser Epoche und spiegelt die Situation, indem er den Untergang »der« Universität an die Wand malt und Vorschläge für ihr Überleben formuliert, nach denen die Masse der Studierenden an die Fachhochschulen verwiesen werden, um das Ideal einer forschungsorientierten Eliteuniversität zu retten. – Nach 1990 wurde das westdeutsche Universitätssystem so wie es war nach Ostdeutschland exportiert und den dortigen Universitäten aufgezwungen.

Doch das war nur eine Zwischenzeit. Als sie zu Ende ging, rächte sich die versäumte Gelegenheit. Nun wurden den Universitäten grundlegende Veränderungen, die sie nicht aus eigenem Willen geschafft hatten, von außen aufoktroziert, und diese »Reform« fiel dementsprechend aus. 1999 begann der sogenannte »Bologna-Prozess«, der mit der Durchregulierung des Studiums und mit seiner Aufteilung in die Bachelor- und Masterstudiengänge die Verschulung der Universitäten um entscheidende Schritte vorantrieb – was in vielen Fächern durch eine verbockte Reaktion des Lehrkörpers noch verstärkt wurde. Die Einführung der Bologna-Reform sollte 2010 beendet

⁵ Über das ungewöhnlich produktive wissenschaftliche Klima auf studentischer Ebene in vielen Fächern vieler bundesdeutscher Universitäten ist viel publiziert worden, und dies nicht nur von damals linken Studierenden, jüngst noch beispielhaft von Ulrich Raulff: *Wiederssehen mit den Siebzigern. Die wilden Jahre des Lesens*. Stuttgart 2014.

sein und ist inzwischen weitgehend abgeschlossen. Jetzt müssen die Universitäten sehen, wie sie unter den neuen Rahmenbedingungen zu einem verantwortbaren Studium finden.

Gewiss – wer heute in einem Universitätsfach lehrt, kann seinen Job, wie zu allen Zeiten, besser oder schlechter machen, und wer ihn gut machen will, wird Möglichkeiten finden, Studierenden mit geeigneten Formen forschenden Lernens eigene Wege zu wissenschaftlichem Arbeiten zu öffnen. Nur: der normale Vorlesungs- und Seminarbetrieb arbeitet dem entgegen, setzt die Studierenden unter Druck, zwingt sie in rezeptive Haltungen und verlangt von Lehrenden, die sich damit nicht zufrieden geben, großen zusätzlichen Aufwand an Zeit und Phantasie.

Die praktischen Experimente und theoretischen Konzepte der Reformbewegung in den 1970ern hatten allerdings noch eine zweite, grundsätzliche Dimension. Ihre Kritik richtete sich auch gegen den systemischen Grund für die Unzulänglichkeiten der vorherrschenden Unterrichtsformen, eine generelle Unterbewertung der ›Lehre‹ gegenüber der ›Forschung‹ im Selbstverständnis und in den Laufbahnkonzeptionen der Universitäten. Zwar nahmen und nehmen im universitären Alltag Organisation und Durchführung der ›Lehre‹ praktisch oft sehr großen Raum ein, doch auf der akademischen Werteskala werden Rang und Bedeutung von Professoren und Professorinnen primär nach ihren Leistungen in der Forschung gemessen und erst in zweiter oder dritter Linie nach ihren Fähigkeiten und Erfolgen in der Lehre. Das war in den 1960er und 1970er Jahren so und hat sich bis heute nicht grundlegend geändert, auch wenn inzwischen Lehrproben von Habilitierten zum Ritual vieler Berufungen gehören. Und in der viel zitierten Formel der ›Humboldtschen Einheit von Forschung und Lehre‹ stehen zwar beide Tätigkeitsfelder syntaktisch gleichberechtigt nebeneinander, aber gemeint ist mit ihr die Oberherrschaft der Forschung über die Lehre; an einen Einfluss der Lehre auf die Forschung ist dabei nicht gedacht, ein Eigenrecht der Lehre ist nicht vorgesehen und die Studierenden kommen in ihr als Subjekte ohnehin nicht vor, sie sind die Objekte der ›Lehre‹.⁶

⁶ In der Hochschulgeschichtsschreibung ist inzwischen die historische Legitimität der ›Humboldtschen Universitätsidee‹ bestritten worden; zugleich sind ihre Forschungsorientierung und ihre zeitgebundene Subjektkonstruktion als Mitgift ihrer Entstehung in den 1920er Jahren in die Kritik geraten (dazu zusammenfassend Sylvia Paletschek: Die Erfindung der Humboldtschen Universität. Die Konstruktion der deutschen Universitätsidee in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. In: *Historische Anthropologie* 10 (2002), S. 183–205). – In diesem Zusammenhang werden dann auch die Aufgaben der Universität nicht mehr bipolar aus einem inneruniversitären Ideal mit vermeintlich historischer Begründung abgeleitet, sondern nach den Ansprüchen der Gesellschaft an diesen ihren

Vor allem aber: immer noch bildet die Universität ihren akademische Nachwuchs in den gleichen Strukturen aus wie 1960: der laufende Wissenschaftsbetrieb mit seinen Vorlesungen, Seminaren und Prüfungen sorgt für die Befähigung zur Wissenschaftlerin oder zum Wissenschaftler; doch wer eine gute akademische Lehrkraft werden will, muss sich um die entsprechende Ausbildung selbst kümmern. Die dafür notwendigen Zusatzmühen werden wenig honoriert, von arrivierten KollegInnen und in den Fächern gibt es kaum Hilfe, und die sich wacker mühende Hochschuldidaktik, offiziell zuständig, führt praktisch, nach ihrem Aufschwung im Reformjahrzehnt, an den meisten Universitäten eine klägliche Randexistenz. Das sind ungeeignete Voraussetzungen, um eine akademische Unterrichtskultur auszubilden, die den gegenwärtigen Studiumsbedingungen, den Möglichkeiten heutiger Studierender und den Bedürfnissen unserer Gesellschaft gerecht werden kann.

*

Die jüngste Geschichte der deutschen Universitäten derart als Geschichte krisenhafter Entwicklungen zu skizzieren, wie ich das hier tue, ist nicht unabhängig von der institutionellen Position und von den historischen Erfahrungen dessen, der da spricht. Ein ehemaliger Professor für Mikrosystemtechnik oder Neurobiologie hätte die letzten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts wohl eher als die gute Zeit der Entstehung und akademischen Anerkennung neuer wichtiger Fächer gepriesen anstatt ihre problematischen Seiten in den Vordergrund zu stellen.

Doch die unterschiedlichen Perspektiven schließen einander nicht aus; der Blick eines sozialwissenschaftlich interessierten Literaturhistorikers ist darum nicht weniger repräsentativ, zumal der rasante Aufstieg gerade der sogenannten technischen Fächer oder bestimmter Naturwissenschaften mit in den Modernisierungsprozess der Universitätsgeschichte gehört, den ich hier als Krise beschreibe. Dennoch wurden die großen Veränderungen nicht überall als so umstürzlerisch und gefährdend erfahren wie im Massenfach Neuere Deutsche Literaturgeschichte an einer der alten westdeutschen Universitäten wie Freiburg; die neugegründeten Hochschulen kämpften

Teilbereich bestimmt, als »Aufgabentrias«, als ein komplexes Zusammenspiel von drei je nach Epoche unterschiedlich gewichteten Funktionen: »(Allgemein-) Bildung, akademisch-theoretische Berufsausbildung sowie wissenschaftliche Wissensproduktion« (dies.: Stand und Perspektiven der neueren Universitätsgeschichte. In: Zeitschrift für Geschichte der Wissenschaften, Technik und Medizin (N.T.M.), 19, 2011, S. 169–189, hier S. 172).

zum Teil mit anderen Schwierigkeiten. Der Anpassungsprozess des westdeutschen Universitätssystem an den gegenwärtigen Zustand unserer Gesellschaft hatte viele Facetten und vollzog sich auf vielen unterschiedlichen Gebieten.

Und gewiss gab es überall in diesen Jahrzehnten, in der Literaturwissenschaft und in meinem eigenen akademischen Leben wie anderswo auch, in und neben allen Veränderungen, staatlichen Zumutungen und hochschulpolitischen Auseinandersetzungen gutes wissenschaftliches Arbeiten und guten akademischen Unterricht. Die Strukturveränderungen der Universitäten sind ein allgemeiner, abstrakter Prozess, aber sie vollziehen sich durch individuelle, lebendige Menschen, und die machen nun einmal immer auch ihr eigen Ding.

Inzwischen ist die Notwendigkeit, sich in kurzen Abständen an immer wieder neue Bedingungen anpassen zu müssen, zum Alltag der Universitäten geworden. Die anhaltenden Wechselbäder staatlicher Eingriffe, sich weiter verändernde gesellschaftliche Rahmenbedingungen, der Einzug unternehmerischer Konkurrenzprinzipien in die Universitäten als Ganze, in die Institute und Fächer, und auch die Beschleunigungstendenzen innerhalb der Wissenschaften selbst haben heute zum Normalzustand werden lassen, was damals zu Recht als Krise erfahren wurde. Darauf haben sich alle Beteiligten erst einstellen müssen. Was sie daraus machen, ist offen.

Die »Zweite Schuld«

Dass der Beginn dieses Zustandes in und außerhalb der bundesrepublikanischen Universitäten derart als Krise beschrieben werden kann, hat allerdings noch einen besonderen Grund. In der gleichen Epoche, in der die Universitäten die neuen Wirklichkeiten zur Kenntnis nehmen mussten, wenn sie zukunftsfähig bleiben wollten, geriet auch ihre Vergangenheit ins Zwielflicht. Ihre Mitglieder mussten begreifen, dass der Pakt, den die deutschen Hochschulen mit dem ›Dritten Reich‹ eingegangen waren – teils begeistert, teils willig, teils widerstrebend, nur ganz selten ernsthaft Widerstand leistend – , dass dieser Pakt sie tiefer in das verbrecherische System des NS-Staates ein-

bezogen hatte, als sie bisher bereit gewesen waren, vor sich selbst und in der Öffentlichkeit zuzugeben.⁷

Es war kein Zufall, dass diese Krise der politischen Moral mit der bisher beschriebenen Organisationskrise der westdeutschen Universitäten zusammentraf, dass beide sich wechselseitig verstärkten und erst gemeinsam an vielen Universitäten das Maß an Verunsicherung und Unruhe herbeigeführt haben, das hier als Gesamtkrise der Unis diagnostiziert wird. Schon äußerlich richteten sich die Proteste der »aufsässigen« Studierenden sowohl gegen den »Muff unter den Talaren« wie gegen das »Schweigen der Väter« über ihre »braune Vergangenheit«. Aber auch inhaltlich hing beides zusammen. Die Anfälligkeit eines Teils der Hochschullehrerschaft für die nationalsozialistische Ideologie entsprang der nationalen und nationalistischen Grundstimmung des deutschen Lehrkörpers, die sich vom Wilhelminismus ungebrochen in die Weimarer Republik fortgesetzt hatte. Und die Unfähigkeit des anderen Teils, sich rechtzeitig gegen die Eingriffe der Nazis in die universitäre Selbstverwaltung zu wehren, war auch Folge der staatstreuen Haltung, wie sie als fragwürdige Mitgift des preußisch-deutschen Beamtenwesens den vorherrschenden Habitus eines deutschen Professors bestimmte. Die NS-Verstrickungen der deutschen Universitäten um und nach 1933 hatten tiefgehende Wurzeln in der Geschichte des 19. Jahrhunderts. Und das Verfangensein der Universitäten in ihre eigene Vergangenheit und in deren tatsächliche und vermeintliche Größe hatte sie nach 1945 blind gemacht für die Herausforderungen des 20. Jahrhunderts.

Auch in der öffentlichen Diskussion der Bundesrepublik wurden die Reformbedürftigkeit der Universitäten und die Notwendigkeit, ihr Verhältnis zum NS-Staat zu erhellen, als zwei zusammenhängende Aufgaben gesehen, wo immer es mit dem Beginn der 1960er um die anstehende inhaltliche Demokratisierung der deutschen Gesellschaft ging. Als dann mit dem ersten Auschwitzprozess nicht mehr zu übersehen war, was in den Konzentrationslagern geschehen war, geriet auch die Beteiligung der Universitäten am Nationalsozialismus schärfer in den Blick. 1964 stieß die liberal-bürgerliche Wochenzeitung *DIE ZEIT* mit einer Veröffentlichung über die NS-Vergangenheit des amtierenden Bonner Rektors Hugo Moser eine erste erregte, breite Diskussion an, und im gleichen Jahr veröffentlichte der Münchener Journalist Rolf Seeliger den ersten Band seiner sechsteiligen Dokumentation über die nationalsozialistischen Schriften bekannter, vielfach noch lehrender

⁷ Zum Begriff einer »zweiten Schuld« für diesen Zusammenhang: Ralf Giordano: Die zweite Schuld oder Von der Last Deutscher zu sein. Hamburg 1987.

Professoren.⁸ Von nun an stieg der publizistische Druck auf die Universitäten, sich ihrer ›belasteten‹ Vergangenheit zu stellen.

Insgesamt dürfte dieser Druck sogar breiter und massiver gewesen sein als die parallel laufende Forderung der Öffentlichkeit nach einer allgemeinen Universitätsreform. Das hing gewiss auch damit zusammen, dass die tatsächlich und vermutete NS-Verstrickung von Personen sich skandalträchtiger vermarkten ließ als die komplizierten Fragen der Hochschulreform, zumal in diesen Jahren. Es hatte aber auch mit einem gewichtigeren Tatbestand zu tun. In der deutschen Nachkriegsgesellschaft besaß das Bild des von Sachkenntnis geprägten, dem ›Geist‹ verpflichteten, nach ›Wahrheit‹ suchenden Universitätsprofessors ein hohes Maß an moralischer Geltung; umso prekärer war das, was jetzt Stück für Stück an ideologischer Gleichschaltung und Andienerei von bekannten und weniger bekannten Hochschullehrern an die Öffentlichkeit drang.

Die Universitäten hatten die 1950er Jahre hindurch nach innen wie nach außen das Bild einer im Kern vom Nationalsozialismus unberührten Institution gepflegt, die auch im Dritten Reich ihrem Auftrag, sachbezogene Wissenschaft zu betreiben, treu geblieben war und deshalb sogar viel Drangsal hatte erleiden müssen. Gewiss, es hatte auch in den eigenen Reihen schlimme Nationalsozialisten gegeben, die aber waren doch 1945 aus der akademischen Gemeinschaft ausgestoßen worden! – Ein solches Selbstbild passte gut in den Mainstream der bundesdeutschen Gesellschaft der 1950er und verlangte geradezu danach, endlich den bekannten »Schlussstrich« unter die Vergangenheit ziehen zu können – so Universitätsrektor Gerd Tellenbach 1957 beim bereits erwähnten Freiburger Jubiläum.⁹

1959 hatte der *ZEIT*-Journalist Paul Hühnerfeld Heideggers Rektoratsrede bekannt gemacht – die Veröffentlichung verhallte weitgehend wirkungslos; 1961 lief eine gut gemachte Ausstellung *Dokumente totalitärer Justiz* mit erstaunlichen Zitaten führender aktiver Universitätsjuristen durch deutsche Hochschulen – ohne größeres Echo. Anfang der 60er Jahre begannen einzelne Forscher mit Veröffentlichungen über die Rolle der Universitäten im Dritten Reich, 1964–1966 meldeten sich einzelne Universitäten, Tübingen, München und Berlin, mit offiziellen Ringvorlesungen zu diesem Thema (z.T. erst nach heftigen internen Auseinandersetzungen). Aber erst in den

⁸ Rolf Seeliger (Hg.): *Braune Universität*, Bd. 1–6, München 1964–1968.

⁹ Gerd Tellenbach 1957 in einem Brief an eine Kritikerin, zitiert bei Silke Seemann: *Die politischen Säuberungen des Lehrkörpers der Freiburger Universität nach Ende des Zweiten Weltkrieges (1945–1957)*, Freiburg 2002, S. 349. Tellenbachs Satz unten S. 83

1970ern begann der lange und konfliktreiche Prozess, in dessen Verlauf allmählich sichtbar wurde, in welchem Ausmaß die Universitäten in den Herrschaftsapparat und das Unrechtsregime des Dritten Reiches verwickelt gewesen waren. Und aufs Ganze gesehen waren sie auf diesem Weg nicht eifriger als andere gesellschaftliche Institutionen auch – viele, wie die Universität Freiburg, hinkten weit hinterher. Ohne den Druck von außen, durch öffentliche Medien und durch die Studierenden, wäre hier gar nichts geschehen.

Der unendlich mühsame Prozess der Selbstaufklärung über die Rolle der Universitäten im Nationalsozialismus, den ich hier grob nachgezeichnet habe, kann deutlich machen, was es mit diesem Aspekt der ›Krise der Universität‹ auf sich hat. All das Unrecht, an dem die Universitäten irgendwie beteiligt waren oder das sie nicht verhindern konnten, – das Paktieren mit dem Regime, – das Vereinnahmt-Werden und Sich-einlassen-Müssen, das alle Mitglieder der Universität zwischen 1933 und 1945 an sich selbst und an anderen beobachtet hatten, – all das konnte nach 1945 ja nur deshalb unausgesprochen und damit im Dunkeln bleiben, weil es in dem Selbstbild keinen Platz hatte, das die Universitäten von sich und ihrer Rolle im Dritten Reich entworfen hatten. Dieser Entlastungsmechanismus wird heute zutreffend als »Erinnerungsnarrativ« beschrieben. Es war eine ›Erzählung‹ von einer wichtigen und ehrwürdigen Institution Universität, der das Unglück des Nationalsozialismus von außen zugestoßen war, die aber im Kern rein und ihrem Auftrag, ›der Wahrheit‹ zu dienen, treu geblieben war. An dieser Erzählung hielten die maßgeblichen Gruppen in den Universitäten fest, weil nur sie eine bruchlose Identität der Institution vor, in und nach der NS-Zeit bewahren konnte. Und an ihr spannen viele Universitätsmitglieder weiter – oder ihr widersprachen andere nicht mit genügendem Nachdruck –, weil diese Erzählung sie von aller persönlichen Schuld entlastete, und weil sie der Institution, an der sie arbeiteten, eine hohe, unanfechtbare Dignität verlieh, an der sie selber teilhaben konnten.

Es wäre durchaus nötig, zur Beurteilung der erst so spät erfolgten »Aufarbeitung« der NS-Vergangenheit auch andere Gesichtspunkte zur Geltung zu bringen, als ich das hier getan habe, indem ich das Bedürfnis der Universitätsmitglieder nach einer ›guten‹ institutionellen Identität in den Mittelpunkt gerückt habe. So wäre auf das Sprechtabu über die NS-Zeit hinzuweisen, das bis in die 1960er Jahre in der westdeutschen Öffentlichkeit galt (nicht in privaten Kreisen), und es wäre die Einsicht der Traumaforschung heranzuziehen, dass schwere psychische Überforderungen oft erst mit großem Abstand bearbeitet werden können. Solche richtigen und entlastenden

Erklärungen können das Problem der moralischen Rechtfertigung individueller oder kollektiver Handlungen unterm NS relativieren; sie können es aber meiner Meinung nach nicht außer Kraft setzen, und damit bleibt die Frage akut, was einzelnen Personen oder bestimmte Institutionen dazu geführt hat, die eigene Vergangenheit zwischen 1933 und 1945 zu verdrängen und die Menschen aus dem Gedächtnis zu streichen, die von dem in eben dieser Vergangenheit verübten Unrecht existentiell betroffen waren.

Für die Universitäten kommt allerdings, neben solch allgemeinen Überlegungen noch hinzu, dass viele von ihnen, auch die in Freiburg, auch dann noch von einer Aufklärung in eigener Sache nichts wissen wollten, als das Tabu bereits durchbrochen und aufgehoben war und die Bearbeitung der NS-Verbrechen andernorts schon lange begonnen hatte.

Universitäten beziehen ihre gesellschaftliche Nützlichkeit und ihr »symbolisches Kapital« aus ihrer Fähigkeit, komplexe Tatsachen zur Kenntnis zu nehmen und in einen »richtigen«, sinngebenden Zusammenhang zu bringen. Die Realitätsverweigerung der westdeutschen Universitäten und ihrer maßgeblichen Vertreter hat zu einem dramatischen Verlust an moralischer Glaubwürdigkeit geführt, dessen Ausmaß auch in konservativen Kreisen erst langsam begriffen worden ist.

Als in den 1960er Jahren immer mehr Tatsachen benannt wurden, die dieser Erzählung widersprachen, spaltete sich die Mitgliedschaft der Universitäten. Einzelne Wissenschaftler begannen, genauer nachzuforschen und einen anderen, wesentlich beunruhigenderen Zusammenhang der Dinge auszuarbeiten, es gab Auseinandersetzungen, Streit, Machtkämpfe. Die traditionelle Erzählung leistete nicht mehr, wozu sie bisher gedient hatte: die Einheit der Universität zu wahren. Die Krise war manifest geworden. Damit trieben in den westdeutschen Universitäten seit 1964/65 zwei krisenhafte Entwicklungen wechselseitig einander an.

Zu den Aufsätzen in diesem Band

Von diesen beiden Krisen handeln die Texte dieses Bandes, am Freiburger Beispiel die westdeutsche Entwicklung reflektierend. Sie berichten zum einen von den hochschulpolitischen Auseinandersetzungen der 1950er bis 1980er Jahre in Freiburg, die hier nach 1968 heftiger waren als an manch anderen Universitäten, die aber auch ohne die Militanz auskamen, die an den Brennpunkten der Revolte, in Berlin, Frankfurt a.M. oder Heidelberg, das Bild dieser Jahre bestimmte. Zu dieser besonderen Mittellage Freiburgs hat der Anteil an »undogmatischen« Kräften innerhalb der linken Studierenden und Lehrenden beigetragen, der hier die radikalisierte Dominanz der Parteilinken verhinderte, die an anderen Universitäten zeitweise ganze Institute übernommen hatten.¹

Die Arbeiten dieses Bandes berichten zum anderen von den Schwierigkeiten der Freiburger Universität, sich, viel später als andere, in einem mühsamen Prozess der Selbsterkenntnis mit den Handlungen und Unterlassungen ihrer Mitglieder im Dritten Reich auseinanderzusetzen. Und sie greifen in diesem Zusammenhang mit eigenen Forschungen auf die Zeit des Nationalsozialismus selbst und auf dessen Vorgeschichte zurück.

Innerhalb dieser weiten Horizonte konzentrieren sich einige von ihnen auf einen engeren Gegenstand und behandeln Ereignisse und Konstellationen der Neugermanistik und im Freiburger Deutschen Seminar, an dem ich seit 1952 studiert und von 1957 bis 1994 gearbeitet habe. Allerdings hatte die Germanistik, zusammen mit anderen kulturwissenschaftlichen Fächern, in den hochschulpolitischen Auseinandersetzungen eine größere Rolle gespielt als andere Disziplinen, weshalb die Streitfragen, um die es in diesen Texten geht, stets auch allgemeinere Probleme der Universitätsgeschichte berühren. Und in den Fragen, die die NS-Vergangenheit betreffen, war die *Deutsche Literaturwissenschaft* durch die nationale Ausrichtung des Faches und den Nationalismus bei vielen ihrer Autoren ohnehin in einer besonders exponierten Situation. In beiden Fällen ist es immer mein Interesse gewesen, solche Kontexte und Resonanzbeziehungen in die Darstellung einzubeziehen.

¹ Die Bedeutung der »undogmatischen Linken« in den Universitäten und im breiteren Akademischen Milieu für die Ereignisse der 1970er Jahre und ihre Folgen bedarf einer gründlichen Untersuchung, zumal Sven Reichardts neue, wichtige Darstellung des »linksalternativen Lebens« gerade diese Gruppe nicht im Blick gehabt hat: Sven Reichardt: *Authentizität und Gemeinschaft. Linksalternatives Leben in den Siebziger und frühen achtziger Jahren*, Frankfurt a.M. 2014 (stw 2075).

Sechs der acht Texte wurden zwischen 1986 und 2007 geschrieben. 1986 waren die universitätsinternen Kämpfe um die Hochschulreform längst vorbei. Doch hatten sie bei vielen von uns Spuren hinterlassen. Die Arbeiten, in denen ich von ihnen berichte, zeigen denn auch den langwierigen Prozess der Distanzgewinnung, nicht nur auf ›unserer‹ Seite.

Die zwei jüngsten Texte stammen von 2012. Der eine, *Studentische Politik in den 1950ern*, beschreibt die Entwicklung des *studium generale* und den frühen Streit um die studentische ›Mitbestimmung‹ zwischen 1951 bis 1965 in der Geschichte der *Freiburger Studentenzeitung*. Der andere, *Vom Umgang mit der NS-Vergangenheit*, berichtet über die Freiburger Bemühungen zwischen 1957 und 2005, die Albert-Ludwigs-Universität zu einer ehrlichen Beschäftigung mit ihrer Verwicklung in den Nationalsozialismus zu bewegen. Beide sollen die Ereignisse und Themen der früheren Texte in größeren historischen Zusammenhängen zeigen. Der 2014 geschriebene Eingangstext oben, *Krisen der Universitäten nach 1945*, spannt den Rahmen dann noch einmal weiter.²

Ich möchte mit diesem Band meinen Teil dazu beitragen, dass die beiden Krisen, von denen er handelt, als zusammengehörig verstanden werden, und dass keine von ihnen als vergangene Episode der Freiburger und westdeutschen Universitätsgeschichte abgetan wird, deren unangenehme und konfliktreiche Seiten endlich vergessen werden können. Sie sollten in der Erinnerung bleiben, weil ein Teil ihrer Wirkungen bis in die Gegenwart reicht und weil damals in ihnen mit Ernst, Verbissenheit und guten Gründen um weiterhin Wichtiges gestritten wurde: darum, wie die Universitäten und die in ihr arbeiten mit ihrer Vergangenheit umgehen, wie sie sich zu den Anforderungen ihrer Gegenwart stellen und nach welchen Prinzipien sie dabei verfahren sollten.

*

Dass ich mich erst so spät öffentlich zu hochschulpolitischen und hochschulhistorischen Fragen geäußert habe, hängt für mich mit meinem widersprüchlichen Verhältnis zur Institution ›Universität‹ zusammen, in der ich 45 Jahre meines Lebens gearbeitet habe, an deren autoritär-hierarchischen

² Dem Doppelaspekt des Buches entsprechend weist auch sein Obertitel, *Krisen*, auf den BRD-weiten Zusammenhang hin, während die Zeitangaben im Untertitel Freiburger Daten sind: »1954« bezeichnet den Anfang der Debatte um die Demokratisierung der Universität in der Freiburger Studentenzeitung, »2010« das bisherige Ende der Beschäftigung mit der NS-Zeit im Bekanntwerden der Vergangenheit des Freiburger Musikwissenschaftlers Hans Heinrich Eggebrecht.

Strukturen und an deren Gegenwartsferne ich mich von Anfang an gerieben hatte und deren Privilegien eines weitgehend selbstbestimmten, gesicherten und angesehenen Arbeitens, mit anderen und am Schreibtisch, ich doch nicht habe aufgeben wollen.

Wie viele meiner Kollegen aus der sogenannten ›Flakhelfergeneration‹ hatte ich ursprünglich keine Universitätskarriere angestrebt, sondern war eher zufällig in diesen Beruf hineingeraten. Zufällig war 1957 gerade eine zweite Assistentenstelle am Freiburger Seminar für Neuere Deutsche Literaturgeschichte neu eingerichtet worden, als ich mit meinem Studium fertig war und in die angepeilte Studienratslaufbahn eintreten sollte. Walther Rehm, an dessen Lehrstuhl ich Hilfsassistent war, bot mir die Stelle an, und ich sagte zu, weil mir das Angebot schmeichelte und weil ich bei aller Skepsis gegen den universitären Betrieb die Chance nutzen wollte, nun, wo ich gelernt hatte, wie wissenschaftliches Arbeiten geht, dies eine Zeit lang ohne Prüfungsdruck zu betreiben. Dass daraus eine Lebensentscheidung werden würde, wäre mir damals nicht in den Sinn gekommen; Sorgen, einen Beruf zu finden, brauchte um 1960 ein Achtundzwanzigjähriger mit akademischem Abschluss nicht zu haben. Aber an einem wirklich guten Ort gefühlt habe ich mich die folgenden Jahre nicht – ohne dass ich hätte sagen können, wie ein solcher Ort hätte aussehen sollen und wo ich ihn hätte finden können; noch während der Habilitation habe ich in Gedanken mit einem Berufswechsel gespielt.

Es war dann die universitäre Reformbewegung nach 1967, die mein Verhältnis zur Universität änderte. Als soeben habilitierter Dozent, dann Professor ohne Lehrstuhl engagierte ich mich auf der Seite der Universitätsreformer, der aufsässigen Studierenden und der ›Linken‹ (in dieser Reihenfolge), weil mir das die Möglichkeit gab, mein privates Ambivalenzverhältnis zu meinem Arbeitsplatz produktiv zu machen und es als Teil eines größeren gesellschaftlichen Umbruchprozesses zu begreifen, bei dem die Universitäten und Teile des akademischen Bürgertums helfen konnten, die Bundesrepublik demokratischer und ›moderner‹ zu machen.

Und es waren die Traditionen kritischer Gesellschaftsanalyse, von Habermas über die »Frankfurter Schule« und Georg Lukács bis zu Karl Marxs Schriften, die in diesem Umbruchprozess von SDS-Studenten wieder ins Spiel gebracht worden waren und an denen es einiges zu lernen gab, – z.B. meine Erfahrungen mit der Universität nicht nur als private Angelegenheit, sondern als historisch vermittelt zu begreifen, – oder das ›Kapital‹, das unserer Gesellschaftsformation den Namen gab, mit Marxs Diktum nicht als Ding zu verstehen, sondern als ein gesellschaftliches

Produktionsverhältnis, verwoben in die moderne, unsere Kultur, – oder auch, dass die fortschreitende Individualisierung, bei der die Individuen nicht wissen, dass sie immer schon vergesellschaftet sind, in unserer Form kapitalistischer Gesellschaften selbst angelegt ist: – all diese Horizonte aufreißenden, theoriegesättigten Zauberformeln also, die damals einer Marx lesenden AkademikerInnen-Generation Einsichten für ihr weiteres Leben eröffneten. Wobei ich auch lernte, dass ›Kritik‹ ein lebenswichtiger Modus moderner Gesellschaften ist, ohne den sie erstarren, – dass Kritik normative Rahmenvorstellungen braucht, – dass aber ihr normativer Horizont nicht aus abstrakten Sätzen deduziert werden kann, sondern aus konkreten Erfahrungen hergeleitet werden muss und sich an ihnen zu bewähren hat.

Womit ich wieder bei den Texten dieses Bandes bin. Lange Zeit hatte ich keinen Anlass gesehen, meine hochschulpolitischen Ansichten in einem größeren öffentlichen Zusammenhang zu artikulieren. Ich war vollauf beschäftigt mit meiner Lehrtätigkeit, mit der Zusammenarbeit mit KollegInnen und Studierenden, mit unseren Versuchen, über die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Verbindungen zur Schulpraxis aufzubauen, mit den Konflikten am Institut und mit Kontakten zu ähnlich arbeitenden KollegInnen an anderen Deutschen Seminaren und im *Dringenberger Kreis* linker Germanistinnen und Germanisten.³ Auch die (späte) Gründung einer eigenen Familie nahm Energie in Anspruch und trug zu einer Konzentration auf den engeren Umkreis bei. Der entscheidende Anstoß, über diese Begrenzungen hinauszugehen, kam erst, als ich meinen Arbeitsplatz und ›unsere‹ universitäre Arbeit von außen angegriffen sah. Das war 1986, als die Periode inner-universitärer Reformhoffnungen längst beendet war, mehrere Wellen von Stellenstreichungen seit Mitte der 1970er über die Hochschulen hinweggegangen waren und die Neugermanistik von der wachsenden Diskrepanz zwischen Lehrkörpergröße und Studierendenzahlen besonders betroffen war. In den 1980ern näherte sie sich in Vielem wieder den Zuständen, die Ende der 1950er schon einmal geherrscht hatten.⁴

In Baden-Württemberg hatte diese allgemeine Entwicklung eine besondere Schärfe bekommen durch programmatische Äußerungen des damaligen Ministerpräsidenten Lothar Späth, der 1983 die »Geisteswissenschaften« als bloße »Diskussions-« oder »Akzeptanzwissenschaften« gegenüber den gesellschaftlich wichtigen Natur- und Technikwissenschaften abqualifiziert

³ Zum *Dringenberger Kreis* s. unten S. 215

⁴ Dazu unten S. 175ff: *Die Widersprüche waren die Hoffnung* für die 1950er, und S. 153ff: *Ab-schaffung der Geisteswissenschaften?* für die 1980er.

hatte.⁵ Späth hatte damit einen damals allgemeinen Trend auf den Begriff gebracht und eine bundesweite Diskussion ausgelöst, in die sich zwei Jahre später auch die westdeutsche Rektorenkonferenz mit einer eigenen Tagung »Anspruch und Herausforderung der Geisteswissenschaften« einmischte. Das »Jahr der Geisteswissenschaften« 2007 hat in den frühen 1980ern einen Vorläufer gehabt.

In dieser Situation gab eine von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft initiierte Freiburger Vortragsreihe gegen Späths Technikpolitik den Anstoß, öffentlich und genauer, als es bisher geschehen war, anhand konkreter Zahlen aus der Germanistik die Marginalisierung der Geisteswissenschaften zu kritisieren und gegen Späths Formulierung einer »Akzeptanzwissenschaft« und ihren geistigen Vater, den Gießener Philosophen Odo Marquardt mit seinem Begriff der »Kompensationswissenschaften«, eine andere Vorstellung von den gesellschaftlichen Aufgaben der Geisteswissenschaften zu entwickeln.

Der Text *Abschaffung der Geisteswissenschaften?* war ein Versuch, in den breiten Protest gegen die Marginalisierung der Geisteswissenschaften eine linke Position einzubringen, und dazu brauchte es einen normativen Begriff von geisteswissenschaftlicher Arbeit und von universitärer Forschung und Lehre überhaupt. Der Rahmen dafür stammte aus der Kritischen Theorie mit ihrer Entgegensetzung von »affirmativer« versus »kritischer« (Horkheimer) oder »emanzipatorischer« (Marcuse) Wissenschaft und Kunst. Neu war in diesem Text, wenn ich recht sehe, die ausdrückliche und begründete Legitimierung der Geisteswissenschaften als »Mitwirkung«, als wichtige und notwendige soziale Kraft zwischen Marquardts unpolitischer Formel »Geisteswissenschaften als Kompensation« und dem linken »Geisteswissenschaften als Kritik«. Der Aspekt war mir wichtig, weil er der Forderung der universitären Reformbewegung nach Demokratisierung der Hochschule die zugehörige Forderung nach gesellschaftlicher Verantwortung an die Seite stellte. Heute, fast 30 Jahre später, ist es eine weithin akzeptierte Vorstellung, dass die Geistes- und Kulturwissenschaften unverzichtbare Mitwirkungsaufgaben bei allen gesellschaftlichen Entwicklungen haben und dass ihre Fähigkeiten zur Kritik, auch zur Grundsatzkritik, um so wichtiger sind, je mehr unsere Art zu wirtschaften und zu leben dabei ist, unsere Erde zu ruinieren. Heute ist eher Skepsis verbreitet, was Geistes- und Kulturwissenschaften da überhaupt noch ausrichten können. Aber 1985 hatte Marquardts These von der vorrangigen Kompensationsfunktion der Geisteswissenschaften breite

⁵ Details dazu unten S. 153ff; dort auch genaue Angaben zum Folgenden.

Zustimmung in Universitäten und Medien gefunden. Das war kein Zufall, denn sie war eine Re-Formulierung der Kunst- und Kulturanschauung, die mit ihrem elitären Individualismus das Selbst- und Gesellschaftsbild des akademischen deutschen Bildungsbürgertums seit dem Ausgang des 18. Jahrhunderts geprägt hatte.

In meinen Augen ist es eine der Leistungen des kulturellen Umbruchs in den 1970er Jahren gewesen, dass diesem beschränkten Kunst- und Kulturbegriff des Deutschen Idealismus, in dessen Umkreis ich selber aufgewachsen war, der Boden entzogen wurde. Auf seine Fragwürdigkeiten hatten mich 1968/70 SDS-Studierende am Institut, die Gespräche im Germanistenkreis von linken und linksliberalen Lehrenden und die allgemeinen kulturpolitischen Diskussionen aufmerksam gemacht; an seiner kritischen Aufarbeitung und historischen Einordnung hatte ich mich in Lehrpraxis und literaturwissenschaftlichen Veröffentlichungen beteiligt; mein Text von 1986/89 baute darauf auf.

Darüber hinaus wollte ich mit diesem Text gegen die Passivität und Fügbarkeit anschreiben, mit der viele Universitätskollegen (weniger die wenigen Kolleginnen) auf die staatliche Schrumpfungspolitik reagierten. Diesem Ziel diene dann auch der zweite programmatische Text aus dieser Epoche, *Über den politischen Charakter unserer Arbeit an der Universität*, ein später Versuch, 1996 noch einmal einen Kernpunkt linker Reformvorstellungen in die inneruniversitäre Diskussion zurückzuholen: das Theorem vom politischen Charakter jeder Form wissenschaftlicher Tätigkeit. Als einzigen Text ohne konkreten historischen Gegenstandsbezug habe ich ihn in diesem Buch ans Ende der Arbeiten zur Universitätsreformgeschichte gestellt.

1986 war aber nicht nur eine Zeit, in der nach dem Scheitern demokratischer Hoffnungen erneut offene Grenzstreitigkeiten zwischen Politik und Universität ausbrachen, – 1986 war auch das Jahr, in dem die Freiburger Universität mit einer offiziellen Dokumentation über das Rektorat Martin Heideggers 1933 einen entscheidenden Schritt machte, um die Auseinandersetzung mit ihrer eigenen NS-Vergangenheit endlich voranzubringen.⁶ Zwei Jahre später organisierten Studierende des Historischen Seminars eine breit angelegte Ringvorlesung, die erstmals öffentlich eine Vorstellung davon vermittelte, in welchem Ausmaß auch Freiburger Professoren und Universitätsinstitutionen sich mit dem nationalsozialistischen Herrschaftsapparat verbündet hatten. In dieser Vorlesungsreihe habe ich über das Deutsche

⁶ Dazu unten S. 103ff und, zur Vorgeschichte, S. 99ff.

Seminar zwischen 1933 und 1945 referiert (*Germanistik – auch in Freiburg eine deutsche Wissenschaft*).⁷

Die Bedeutung dieses Themas für die Germanistik war damals allen im Fach durch den allgemeinen Diskussionsstand vertraut – die Deutsche Literaturwissenschaft hatte sich bekanntlich früher und intensiver als andere Fächer mit ihrer eigenen Geschichte im Dritten Reich befasst und dabei auch ihre nationalistische und nationalpatriotische Vorgeschichte einbezogen. Auch hatte es an unserem Institut seit 1976 einige Seminare zur nationalsozialistischen Literatur und Literaturwissenschaft gegeben, und 1983 hatte Erich Kleinschmidt eine überregionale Tagung *Literatur im Dritten Reich* am Deutschen Seminar in Freiburg organisiert, bei der bereits eine Nachfolgeveranstaltung zur Literaturwissenschaft geplant worden war.

Aber erst in der intensiven Beschäftigung mit der einstigen Situation an eben dem Deutschen Seminar, aus dessen gegenwärtigem Zustand heraus ich mich nun über seine Vergangenheit beugte, und erst in der Auseinandersetzung mit den Schriften und den Lebensbedingungen der damaligen Professoren, von denen ich zwei noch als meine Lehrer erlebt hatte, begriff ich wirklich, wie kompliziert das Leben für diese Universitätsangehörigen im Nationalsozialismus gewesen war und welcher Mühen es deshalb bedurfte, um ihnen in der Rückschau gerecht zu werden. Ich begriff aber auch, wie nötig es war, bei der intensiven Beschäftigung mit ihnen die Maßstäbe nicht zu verlieren. Und das hieß – wie ich es sah und auch heute noch sehe –, immer im Blick zu behalten, dass in den gleichen Jahren ihre Kollegen und Kolleginnen aus ihren Ämtern verjagt, ins Ausland getrieben oder getötet worden waren. – Ein oft schwierig zu realisierender Doppelblick.

In den Auseinandersetzungen um die NS-Vergangenheit war dieser Maßstab oft nicht zu erkennen. So auch 2004, als ein öffentlicher Disput um die NSDAP-Mitgliedschaft prominenter Germanisten losbrach, und 2010, als in Freiburg über die Nähe des Musikwissenschaftlers Hans Heinrich Eggebrecht zu deutschen Verbrechen im Nationalsozialismus gestritten wurde. Was den Anlass gab zu einer erneuten Wortmeldung in einer öffentlichen Debatte (*Sorge um Ehre und Anstand*) und dann zu dem Versuch, mir selbst und anderen einen Überblick über diese ›zweite Geschichte des NS‹ an der Freiburger Universität zu verschaffen (*Vom Umgang mit der NS-Vergangenheit*).

So handeln beide universitätshistorischen Oberthemen dieser Aufsatzsammlung, die Geschichte der universitären Reformbewegungen und die

⁷ Unten S. 35ff.

Geschichte der NS-Verstrickungen und ihrer ›Aufarbeitung‹, nicht einfach von der Vergangenheit, sondern immer zugleich auch von unserem Verhältnis zu ihr. Sie handeln vom Umgang der Institution mit ihrer Tradition; vom Umgang der Institution und ihrer Mitglieder mit ihrer Vergangenheit unter dem Nationalsozialismus und auch von meinem Umgang mit meiner eigenen Geschichte in der Krisenzeit der Institution – weshalb auch von mir hier die Rede sein musste. Das eine ist ohne das andere nicht zu haben. Wir sehen in der Vergangenheit nur uns selbst, wenn wir nicht gleichzeitig im Auge behalten, wie wir uns zu ihr stellen, nicht zugleich auch kritisch auf unsere Parteilichkeit achten. Bekanntlich ist das Vergangene nicht vergangen, sondern in der Gegenwart präsent, wenn auch oft unsichtbar, als Gespenst oder als Halt, als Anlass zum Erschrecken und zur Sorge, zur Ermutigung, zu Hoffnungen oder zu was auch immer. Zu was, das hängt – wie Leute meiner Generation haben lernen müssen – auch davon ab, wie aufmerksam und wie genau wir uns zu ihr stellen.

Technische Anmerkung:

Die Anordnung der folgenden Texte folgt innerhalb der beiden Oberkapitel der Chronologie der behandelten Gegenstände, nicht dem Ablauf ihrer Entstehung; zur Orientierung wird aber jeweils ihr Entstehungsjahr genannt. In Layout und Zitierweise wurden sie den Vorgaben des Verlages angeglichen, in ihrem Bestand aber bis auf redaktionelle Korrekturen nicht verändert; neu eingefügt wurden in den Anmerkungen Querverweise innerhalb des Bandes. Detaillierte Auskünfte über Druckort und Entstehung befinden sich im Kapitel *Nachweise und Ergänzungen* am Ende des Bandes.